Baden-Württemberg
Staatsministerium

Staatssekretär
Florian Hassler

Staatsministerium | Richard-Wagner-Straße 15 | 70184 Stuttgart

Präsidentin des Landtags
von Baden-Württemberg
Frau Muhterem Aras MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Name: Sebastian Schöneck
Telefon: +49 711 2153-448
E-Mail: sebastian.schoeneck@stm.bwl.de
Geschäftszeichen: STM63-0147-130/18/1
(bei Antwort bitte angeben)
Datum: 07.04.2025

Resolutionen des Oberrheinrates vom 6. Dezember 2024

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

für die Übersendung der Resolutionen des Oberrheinrates (ORR) vom 6. Dezember 2024 durch Herrn Mettenleiter MdL danke ich herzlich. Nach Einholung von Stellungnahmen der Fachministerien nehme ich für die Landesregierung wie folgt Stellung:

1. Grenzkontrollen: der Oberrhein ist auf durchlässige Grenzen angewiesen

Die Landesregierung teilt die abgewogene Position des ORR: Durchlässige Grenzen am Oberrhein sind für die Bevölkerung und die Unternehmen wichtig.

Die Kontrolle der Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland ist Aufgabe des Bundes und der Bundespolizei. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) hat nach der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen an den Landgrenzen zu Polen und Tschechien diese im Oktober 2023 auch für die Landgrenze zur Schweiz angeordnet. Am 16. September 2024 wurde die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen auf die deutschen Schengen-Landbinnengrenzen zu Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Belgien und Dänemark ausgeweitet. Diese Maßnahmen verlängerte das BMI im Februar 2025 um weitere sechs Monate bis einschließlich 15. September 2025. Die Notifizierung bei der EU-Kommission ist erfolgt.

Die Routen nach Baden-Württemberg bzw. Deutschland – und damit auch durch die Angrenzerstaaten des Oberrheins – dürfen für Schleuserinnen und Schleuser keine attraktive bzw. sichere Alternative darstellen. Die bundespolizeilichen Grenzkontrollen zielen daher auf die Verhinderung der irregulären Migration. Gemeinsam mit den Maßnahmen der Nachbarstaaten sowie den landespolizeilichen Maßnahmen im grenznahen Raum soll damit ein hoher Kontrolldruck entstehen sowie ein erhöhtes und unkalkulierbares Entdeckungsrisiko u. a. für die organisierte Schleusung vor, an und unmittelbar nach der Grenze.

Die Landesregierung wird hierzu die Lage weiterhin aufmerksam beobachten und sich für ein verhältnismäßiges Vorgehen einsetzen, um die Einschränkungen für die Bevölkerung und die Unternehmen so gering wie möglich zu halten. Mit Maßnahmen zur Reduzierung des Migrationsdrucks nach Deutschland, der Umsetzung des neuen europäischen Asyl- und Migrationssystems sowie einem effektiven Schutz der EU-Außengrenzen wird perspektivisch angestrebt, die eingeführten Binnengrenzkontrollen wieder aufzuheben und zur vollständigen europäischen Freizügigkeit zurückzukehren.

2. Den Eurovision Song Contest Basel 2025 als Chance für die ganze Oberrheinregion nutzen

Die Landesregierung stimmt mit dem ORR bezüglich des tourismuswirtschaftlichen Potentials des Eurovision Song Contest (ESC) Basel 2025 überein und sieht die Möglichkeit für direkte und nachlaufende Wertschöpfung für die Region. Wir freuen uns daher sehr über die Entscheidung unserer Schweizer Nachbarn, dieses herausragende Musikereignis in der Kulturstadt Basel – und damit im deutsch-französisch-schweizerischen Dreiländereck – zu organisieren.

Die in der Oberrheinregion für Baden-Württemberg agierende Schwarzwald Tourismus GmbH (STG/Reisegebiet Schwarzwald) steht bereits seit der Bekanntgabe des Austragungsortes im engen Austausch mit ihren touristischen Partnerinnen und Partnern in Basel und hat einen Maßnahmenplan zusammengestellt, welcher mit der Unterstützung von Akteurinnen und Akteuren im Tourismus umgesetzt werden soll. Die STG bewertet den ESC Basel ebenfalls als Chance für die Oberrheinregion, welche von diesem Event mit internationaler Strahlkraft (allein 160 Mio. TV-Zuschauerinnen und Zuschauer weltweit, 165 Mrd. Videoaufrufe unter dem #Eurovision 2024 usw.) profitieren kann. Vor allem die ca. 100.000 Besucherinnen und Besucher, die vor Ort sein werden, könnten für den Schwarzwald als "Nachbarn" einen zusätzlichen direkten wirtschaftlichen Impuls und einen indirekten positiven Einfluss auf die Marke Schwarzwald.Black.Forest. haben.

Mit Blick auf das Mobilitätsangebot (vgl. Ziffer 7 der ORR-Resolution) betont die Landesregierung, dass der öffentliche Verkehr im Großraum Basel bereits in hohem Maße integriert ist, einschließlich tariflicher Angebote. Sollten die ESC-Veranstalter mit möglichen Angeboten wie Kombitickets an die lokalen Verbünde oder die BW Tarif GmbH herantreten, werden solche Vorschläge offen geprüft werden.

3. Grenzübergreifende Schienenverkehrsprojekte durch mehr Abstimmung und Harmonisierung vereinfachen

Die Landesregierung dankt dem ORR für seine kontinuierliche Beschäftigung mit dem Themenfeld Verkehr und seine klare Positionierung für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Oberrheinregion. Die Landesregierung unterstützt die in Ziffern 1 und 2 der ORR-Stellungnahme genannten Projekte ausdrücklich. Zugleich verweist die Landesregierung bezüglich der Verbesserung von Busverbindungen auf die kommunale Zuständigkeit der Landkreise. Die Landesregierung wird hier nur in Ausnahmefällen tätig, so wie bei der Förderung der Regiobuslinie von Lörrach zum Euroairport Basel-Mulhouse, die insgesamt mit rd. 1,6 Mio. € vom Land unterstützt wird oder bei der Unterstützung des Modellprojekts einer grenzüberschreitenden Buslinie Rastatt-Soufflenheim/Seltz durch Landesmittel im Rahmen der Partnerschafts-Konzeption Baden-Württemberg und Frankreich.

Wir teilen darüber hinaus Ihre Freude über den Erfolg der grenzüberschreitenden Anerkennung der Jugendtickets, wie er in den Ziffern 3 und 4 zum Ausdruck kommt. Aus Sicht der Landesregierung handelt es sich um eine verhältnismäßig einfache Maßnahme, die für junge Menschen den europäischen Gedanken konkret fassbar und erlebbar macht. Wir haben hierzu eine Vielzahl von positiven Rückmeldungen bekommen. Im nun angelaufenen Jahr möchten wir die Aktion darum wiederholen. Eine Ausweitung in die Nordwestschweiz oder sogar nach Belgien ist in dieser Hinsicht erwogen worden, wird jedoch leider nicht umgesetzt werden können. In Belgien mangelt es an einem vergleichbaren Ticketangebot und mit den Partnerinnen und Partnern der Nordwestschweiz war eine gegenseitige Anerkennung ohne finanziellen Ausgleich – wie es aktuell in der deutsch-französischen Grenzregionen praktiziert wird – nicht konsensfähig.

Die in Ziffer 5 angesprochene Beschaffung der Dreisystemfahrzeuge ist ein deutliches Bekenntnis der Landesregierung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein. Entsprechend den Ziffern 8, 9 und 10 hoffen wir ebenfalls darauf, dass es auf europäischer Ebene zu einer stärkeren Harmonisierung der Vorschriften kommt, so dass der Schienenverkehr

insgesamt wettbewerbsfähiger wird. Bitte lassen Sie in Ihren Anstrengungen nicht nach, dieses Anliegen gegenüber der nationalstaatlichen Ebene zu adressieren.

Die Landesregierung steht zu ihrer Unterstützung der in Ziffer 11 angesprochenen Anbindung des Euroairports Basel-Mulhouse. Auch werden wir weiterhin die Reaktivierung der grenzüberschreitenden Strecken Freiburg-Colmar und Rastatt-Haguenau unterstützen und im Rahmen unserer Zuständigkeiten gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern auf beiden Seiten des Rheins vorantreiben.

4. Eine gemeinsame Strategie für Klima und Energie, insbesondere im Bereich Wasserstoff, weiterverfolgen

Die Landesregierung begrüßt die Aktualisierung der "Grenzüberschreitenden Klima- und Energiestrategie für die Trinationale Metropolregion Oberrhein" und unterstützt konkrete Schritte zur Stärkung des Klimaschutzes, zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur Umsetzung der Energiewende in der Region.

Wasserstoff ist für Baden-Württemberg ein Schlüsselelement auf dem ambitionierten Weg, bis 2040 treibhausgasneutral zu werden. Als führendes Industrieland mit einer starken Automobil- und Zuliefererbranche sowie einem Schwerpunkt im Bereich Maschinen- und Anlagenbau bedarf es zwingend einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben.

Ein solcher Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft kann nur über die Landesgrenzen hinweg europäisch und international gelingen. Die Landesregierung stimmt daher mit dem ORR überein, dass wir die Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft auf beiden Seiten des Rheins in Deutschland, Frankreich und der Schweiz gemeinsam vorantreiben müssen. Die Oberrheinregion kann als regionales Cluster eine wichtige Rolle zur Erzeugung, Verteilung und Nutzung von Wasserstoff spielen. Besonders relevant sind hierbei Wertschöpfungssegmente, die unter Einbindung von baden-württembergischen Akteurinnen und Akteuren zur Transformation der Wirtschaft und damit zur Erreichung der Klimaziele beitragen.

Deshalb unterstützt die Landesregierung am Oberrhein Forschungs- und Infrastrukturprojekte im Wasserstoffbereich seit Jahren und in Millionenhöhe. Vielversprechende Projekte und Initiativen mit grenzüberschreitendem Ansatz sind bereits angestoßen. Das Pipeline-Projekt RHYn

Interco soll beispielsweise eine grenzüberschreitende Wasserstoffversorgung zwischen Baden-Württemberg und der Region Grand Est ermöglichen. Hierfür ist eine Pipeline-Unterquerung des Rheins geplant.

Derzeit arbeitet außerdem ein Kernteam aus deutschen, französischen und schweizerischen Partnerinnen und Partnern an einem EU-Förderantrag für ein trinationales Hydrogen Valley (RHYNE-UP) entlang des Rheins mit bis zu 40 Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus den drei Ländern. Die Landesregierung unterstützt dieses Vorhaben und flankiert es politisch.

Seit 2024 wird das Projekt „Hydrogen Valley Südbaden" sukzessive umgesetzt und aus dem Landeswettbewerb RegioWIN 2030 mit rund 4,5 Mio. Euro gefördert. Es unterstützt grenzüberschreitend den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in der Region Südlicher Oberrhein-Hochrhein, dem Elsass und der Nordwestschweiz durch Investitionen in Infrastruktur und Technologie. Ein Fokus liegt auf den Bedarfen von KMU. Die Europäische Kommission sieht es als vorbildlich für grenzüberschreitende Kooperationen an.

Darüber hinaus begrüßt die Landesregierung alle Maßnahmen zur Umsetzung der Pipeline-Korridore des European Hydrogen Backbones (EHB), insbesondere unter Einbezug der Schweiz. Wir machen uns für die Realisierung dieser gemeinsamen europäischen Rückgratinfrastruktur und die entsprechende Verknüpfung der Oberrheinregion in Richtung Mitteldeutschland und Norditalien sowie an den iberischen Korridor über Frankreich stark.

5. Gemeinsam am Oberrhein einer Invasion der Ameisenart *Tapinoma magnum* begegnen

Das Oberrheingebiet stellt einen Verbreitungsschwerpunkt der seit 2016 erstmals nachgewiesenen gebietsfremden Ameisenart T. magnum dar. Betroffene Kommunen sind in besonderem Maße beeinträchtigt: Aufgrund der ausgedehnten unterirdischen Nestanlagen kommt es zu Schäden an kommunaler sowie privater Infrastruktur. Besonders problematisch ist, dass die Art in Verteilerkästen (Strom, Internet) eindringt und so Kurzschlüsse und Internetausfälle verursachen kann.

Die Landesregierung steht deshalb in Kontakt mit betroffenen Kommunen, insbesondere aus der Oberrheinregion, und ist sich deren Belastung in Bezug auf Bekämpfung bzw. Schadensbeseitigung und -prävention (auch in finanzieller Hinsicht) bewusst.

Wie die ORR-Resolution richtig feststellt, wird T. magnum nicht auf der Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung geführt und unterliegt somit nicht der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 (Invasive Arten-Verordnung). Sie wird dort nach Auskunft des Bundesamts für Naturschutz (BfN) entgegen der Forderung der Resolution auch zukünftig nicht gelistet werden können, da sie in einigen EU-Ländern als heimisch gilt. Theoretisch könnte sie zwar auf eine nationale Liste invasiver gebietsfremder Arten für Deutschland aufgenommen werden und würde dann (in Teilen) der o.g. Verordnung unterliegen. Eine solche nationale Liste für Deutschland liegt aber bisher nicht vor und wird nach Auskunft des BfN auch nicht vor Ende 2025 vorbereitet werden.

Aufgrund der rasanten Ausbreitung der Art und des hohen Schadpotentials fördert die Landesregierung allerdings ein länderübergreifendes Forschungsprojekt. Dieses soll die Invasionsdynamik der Art untersuchen und eine Managementstrategie inklusive wirksamer Bekämpfungsmethoden herleiten. Für April 2025 ist eine Auftaktveranstaltung im Oberrheingebiet geplant, zu der Vertreterinnen und Vertreter aus der Schweiz und aus Frankreich eingeladen werden, um ein grenzübergreifendes Netzwerk zur Bekämpfung der Art zu begründen.

Mit freundlichen Grüßen

F. Hassler

Florian Hassler